

Liebe Azize Tank und lieber Eberhard Schultz, lieber Herr Sorgeç, liebes Kuratorium und sehr verehrte Damen und Herren,

wir sind ja als Initiative zunächst nicht dafür angetreten, um für das Recht auf angemessenen Wohnraum zu kämpfen. Wir, als Menschen, die zufällig als Nachbarschaft zusammenkamen, haben gesehen, dass es unter uns Menschen gibt, die gegen ihren Willen aus der Nachbarschaft geworfen werden. Wir haben erlebt, dass Freund*innen und Bekannte sagten: sie müssten woanders hinziehen, weil sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten könnten, oder dass sie ihre Läden verlassen müssen, weil die Miete extrem gestiegen sei. Ganz eindeutig ist in diesen vielen Einzelfällen zu erkennen, dass da ein Ungleichgewicht und eine Ungleichheit herrscht, dass Eigentümer*innen Mittel haben, Mieter*innen zu verdrängen, ihnen den Wohnraum oder den Geschäftsraum streitig zu machen.

Der Rechtsstaat gibt anscheinend nicht Allen die gleichen Möglichkeiten, wenn es darum geht, Raum in der Stadt zu beanspruchen. Nicht Alle haben gleichen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt, sondern sehr deutlich ist zu spüren, dass Eigentumsverhältnisse bestimmend sind. An allen Ecken und Enden werden Immobilienprojekte umgesetzt, die dazu führen, dass diejenigen, die bisher in unserem Kiez leben unter Druck geraten.

Und quasi alle problematischen Geschichten beginnen mit dem Satz „Unser Haus wurde verkauft“. Denn diejenigen, die heute in den Städten Immobilien kaufen, die „investieren“ nicht, sondern sie planen möglichst viel aus den Häusern herauszuziehen. Sehr schnell nach dem Verkauf wird modernisiert, oder umgewandelt und aufgeteilt, oder die Häuser werden über Share Deals – und zukünftig dann über die neuerdings erfundenen Unit Deals – weiterverschoben. Das Ziel ist immer das gleiche: Gewinne durch die Spekulation zu machen. Das ist gemeint mit „Finanzialisierung“: Es geht nicht mehr um das Anbieten einer Wohnung, damit jemand darin gut wohnen kann, sondern darum mit der Wohnung viel Geld zu verdienen. Die Menschen, die in den Häusern leben und arbeiten oder Geschäfte betreiben, verkommen dabei zu reinen Statisten. Sie sind eigentlich immer, nicht gut genug für die neuen Eigentümer*innen, denn sie bezahlen ja Mieten, die auf einem Niveau liegen, das der Markt inzwischen längst überschritten hat. Bei Neuvermietung könnte inzwischen viel mehr verlangt werden, und dann kommt es zu ganz merkwürdigen Fragen: Warum also sollten die alten Mieter*innen noch bleiben dürfen? Haben die vielleicht sogar ungerechtfertigte Privilegien gegenüber denen, die jetzt gerade eine Wohnung suchen? Die bezahlen doch objektiv zu wenig, im Vergleich zum hohen Preis, der für die Immobilie bezahlt wurde.

Aber um es kurz zu machen: Wer sich darauf einlässt, hat schon verloren! Und hier schließt sich auch der Kreis zu den Menschenrechten. Wohnungen und Städte sind eben keine bloßen Produkte, die im großen Stil lukrativ an der Börse oder direkt gehandelt werden dürfen. Es sind die Orte, an denen Menschen leben und diese Orte müssen unter besonderem Schutz stehen.

Wenn Menschen ihr Leben nicht selbst bestimmen können, weil sie gegen ihren Willen aus der vertrauten Wohnung geworfen werden, dann ist das ein Eingriff ins Leben dieser Menschen, der Angst macht, der soziale Bindungen zerschneidet, Beziehungen zerstört, Menschen regelrecht krank macht und zerstört.

Wir machen als Initiative und darüber hinaus in der Mieter*innenbewegung gemeinsam mit den vielen anderen Initiativen und Gruppen immer wieder deutlich: Eine Stadt ist nicht einfach nur ein Immobilien-Marktplatz, den sich alle Marktteilnehmer*innen leisten können müssen. Städte sind viel mehr und müssen viel mehr sein. Sondern eine Stadt ist ein sozialer Raum, in dem enge kooperative Beziehungen Verbindungen schaffen, in dem Menschen solidarisch zusammenstehen. Diejenigen, die das nicht sehen wollen, sondern die Stadt nur als ihren Geschäftsraum ansehen, in dem sie berechtigt seien, Menschen zu verdrängen, die treffen auf unseren Widerstand.

Die Zugänglichkeit einer Stadt darf nicht nach Einkommen aufgeteilt werden. Wenn Arme draußen leben müssen und Reiche drinnen leben können, dann wird eine Stadt zum Abbild einer ausgrenzenden Gesellschaft, und das können wir nicht zulassen. Es muss ein gesellschaftliches Ziel sein, Segregation zu verhindern und gemischte, lebendige Kieze zu erhalten. Das Recht auf Stadt muss für Alle gelten und wenn der Markt, ganz klar dazu führt, dass dieses Recht nur noch Menschen zuteil wird, die es sich leisten können, dann muss eben stark reguliert werden und die Politik muss mit Druck von der Straße dazu gebracht werden, endlich zu handeln. Diesen Druck zu organisieren sehen wir als unsere Aufgabe an, und der Preis wird uns sehr dabei helfen.

Vielen Dank!